

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

15.1.1902 (No. 14)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 15. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 14.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

1902.

Unterlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keine Verantwortung für irgendetwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. Januar d. J. gnädigst bemogen gefunden, dem zur Dienstleistung bei Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Schweden und Norwegen kommandirten Kapitän in der Königlich Schwedischen Marine Grafen Fosse das Ritterkreuz erster Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bemogen gefunden, dem Königlich Badischen Konsul, Fabrikanten Camill Leichlin in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern verliehenen Verdienstordens vom Heiligen Michael vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Januar d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Karl Fein in Berlin zum ordentlichen Professor der theoretischen Mechanik an der Technischen Hochschule dahier zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Januar l. J. gnädigst geruht, den Rechnungsrath Ludwig Diemer bei der Staatsbahnverwaltung auf sein unterthänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 4. Januar d. J. wurde Betriebsassistent Anton Huber in Neulufheim zum Stationsverwalter daselbst ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 5. Januar d. J. wurde Expeditionsassistent Georg Mehtaler in Donaueschingen nach Waldshut versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Orientalischer Zündstoff.

Ueber die Lage in den albanischen Vilajets wurden in der letzten Zeit Nachrichten verbreitet, welchen zufolge dort geradezu Anarchie herrschen soll. Es wurde hierbei vielfach die Befürchtung geäußert, daß die Vorgänge in Albanien zu einem plötzlichen gewaltigen Ausbruch führen könnten. Von unserem Konstantinopeler D-Verichterstatter erhalten wir über diesen Gegenstand folgende Mittheilungen: Genauer Erundigungen, die bei allen diplomatischen Missionen, welche in Albanien Konsularvertretungen haben, eingelegt wurden, hatten das übereinstimmende Ergebnis, daß seitens der in Betracht kommenden Konsulate nichts gemeldet wurde, was auf eine besondere Bewegung oder einen unmittelbar gefährlichen Zustand schließen ließe. Man theilt daher an den bezeichneten Stellen nicht die ungünstigen Ansichten über die Gestaltung der Lage in diesem Theile des türkischen Reiches. Ebenso ergaben Nachforschungen in türkischen und albanischen Kreisen, die sich der Schönfärberei in solchen Dingen enthalten, keinerlei Anhaltspunkte, welche ernste Besorgnisse rechtfertigen würden. Trotz dieser verlässlichen Informationen sind aber gewisse Thatfachen im Auge zu behalten, aus welchen sich eine Verschlechterung der albanischen Zustände ableiten läßt. Die Betheiligung der Albaner an dem Kriege von 1897 gegen Griechenland hat viele schlummernde Aspirationen geweckt. Hierzu trat dann die Propaganda der bulgarischen Comités und der leidenschaftliche nationale Wettkampf zwischen Serben und Bulgaren im Vilajet Nestak, welchem gegenüber die Pforte unvorsichtigerweise die Albaner zur Abwehr verwendete. Um nun die Albaner halbwegs im Zaum zu halten, muß die Regierung ihr altes System, durch Nahrung der Stammes-, Familien- und Personalfehden und Intrigen ihre Autorität zu erhalten, immer mehr ausbreiten. Hierbei wirkt als ein besonders zersetzendes Ferment die albanische Partei, deren Angehörige in Yildiz Stellen bekleiden und deren Familienverbindungen in Albanien theils zur Beruhigung, theils zur Aufhebung benutzt werden. Die bis zur Schwäche gehende Schonung, welche die Pforte dann zur Beilegung größerer Wirren und Krisen übt, ist aus diesen Verhältnissen, speziell aus der Rücksicht auf die benützten Werkzeuge u. s. w. zu erklären. Eine ähnliche schwächliche Haltung der Pforte ist

ja auch bei ihrer Behandlung anderer unbotmäßigen Völkerschaften, wie Araber und Kurden, wahrzunehmen. Die Pforte sucht einen ersten Zwist mit denselben selbst unter Preisgebung ihrer Autorität und anderen Opfern möglichst zu vermeiden, da ein solcher dem allgemeinen Ansehen des Islams und des Khalifen das sei einiger Zeit vom Sultan für verschiedene politische Pläne geschickt ausgenutzt wird, beträchtlichen Schaden zufügen könnte und außerdem ein erster Zwist für jene Punkte des weitausgedehnten Reiches, wo viel Zündstoff angehäuft ist, ein bedenkliches Vorbild bieten würde. Die im Auslande wirkende albanische Propaganda, sofern sie eine nationale Selbständigkeit anstrebt, hat bisher in Albanien geringeren Erfolg erreicht, als allgemein angenommen wird. Auch die nationalen Bestrebungen des nach dem Auslande geflüchteten Staatsrates Zmail Kemal Bey und anderer Albaner haben keine besondere Wirkung auf ihre Volksgenossen auszuüben vermocht. Andererseits läßt sich aber nicht leugnen, daß diese Bewegung der Pforte im Auslande doch schadet, indem die publizistische Thätigkeit der Propaganda die Verhältnisse in Albanien in Europa noch allgemeiner bekannt macht, als es bisher der Fall war. In jüngster Zeit wird diese publizistische Wirksamkeit auch sehr nach rüdlich von der Presse Griechenlands unterstützt, welche hierdurch eine griechisch-albanische Annäherung auf der westlichen Balkanhalbinsel anzubahnen hofft.

Die preussische Polenpolitik.

Berlin, 13. Jan. Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit der Interpellation der Nationalliberalen, die in Anknüpfung an die Erklärung der Honorrede über die Polenpolitik nach den Maßregeln fragt, die von der Staatsregierung ergriffen werden sollen, um in den östlichen Provinzen dem Deutschthum die ihm gebührende politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, deutschfeindliche Bestrebungen abzuwehren und ein Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhindern. Dieser Interpellation steht eine andere, von der polnischen Fraktion eingebrachte, gegenüber, die mit der Nationalitätenfrage die Religionsfrage verknüpft. Die Interpellation der Polen ist von der Centrumsfraktion unterstützt. Ueber beide Interpellationen wird zugleich berichtet.

Nachdem Ministerpräsident Graf v. Bülow sich bereit erklärt hat, die Interpellation zu beantworten, begründet Abg. Hobercht (nat-lib.) die Interpellation der Nationalliberalen. Er weist darauf hin, daß das Deutschthum in dem Kampf zwischen Deutschen und Polen ständig zurückgegangen ist und daß besonders in der letzten Zeit die polnische Agitation stark zugenommen hat. Dann fährt er fort: Die einseitige Beschlossenheit Preußens sei zugleich die Gewähr für die Sicherheit Deutschlands. Diese Alternative allein zwingt zur jetzigen Polenpolitik. Wenn sich die Polen fügen, werde sich auch in Preußen der Weg der Milde finden lassen. Die Interpellation bezwecke nicht, die Regierung zu Ausnahmegeetzen anzuspornen; seine Partei wolle nur eine sichere Erklärung haben, daß der in den letzten Jahren eingeschlagene Kurs in der Polenpolitik beibehalten werde. Gleichzeitig wolle Redner erklären, daß solche Vorommnisse, wie die Unterstützung der Polen seitens des Auslandes, zukünftig nach Möglichkeit verhindert werden sollen. Falls die Regierung die Verhinderung geben könne, daß für die Geburt der deutschen Produktion im Osten sorgen wolle, werde die nationalliberale Partei zu ihrer Unterstützung ihr Bestes thun.

Abg. Jazdzewski (Polen) begründet die zweite Interpellation und bespricht zunächst die Wreschener Vorgänge. Redner legt dar, wie die Polen eigentlich eine ganz andere Interpellation hätten einbringen wollen, nämlich: wie die Staatsregierung die in der Fronrede angeführten Maßnahmen gegen die Polen, die auf einen Vernichtungskampf gegen sie hinführen, mit der Verfassung in Einklang bringe. Sie hätten dies aber nicht gethan, um nicht noch mehr Zündstoff zu liefern. Das sei keine Religion, die mit dem Tod in der Hand und mit blutigen Striemen eingepaukt werde. Dies nenne die polnische Bevölkerung und mit ihr die ganze gestirnte Welt eine Barbarei. (Großer Lärm.) Angesichts des Urtheils in Wreschen müsse die Gerechtigkeit ihr Antlitz vor Scham verhüllen. (Lärm; der Präsident ruft den Abgeordneten wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Ministerpräsident Graf v. Bülow: Ueber die Wreschener Vorgänge wird der Kultusminister Aufklärung geben, doch will ich sofort feststellen, wie maßlos der Vorfall von der polnischen Presse und vom Vorredner übertrieben ist. Man machte den Vorgang nicht nur zum Gegenstand politischer Demonstrationen, sondern versuchte auch, glücklicherweise vergebens, ihn zur Vereitelung internationaler Schwierigkeiten auszunutzen. In den Wreschener Schulen wurden nur die in den gemischtsprachigen Provinzen seit 30 Jahren bestehenden Bestimmungen über die Sprache bei Ertheilung des Religionsunterrichts angewendet. Von den gesetzlich ihr zustehenden Befugnissen machte die Regierung nur sehr vorsichtigen Gebrauch. Die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen in Wreschen lag nicht an der Staatsregierung, sondern an der plammäßigen Agitation, um die Kinder gegen die Lehrer und die Eltern gegen die

(Mit einer Beilage.)

Obrikeit aufzuheben. Die preussische Schulverwaltung ist von der Grausamkeit gerade so weit entfernt, wie die deutsche Rechtspflege. Wenn es Opfer gegeben hat, sind diejenigen Schuld, welche sich nicht damit abfinden konnten, daß die ehemals polnischen Landestheile unwillkürlich preussisches, bzw. deutsches Land geworden sind. Auch die Lehrer in Wreschen haben sich durchaus im Rahmen des ihnen zustehenden Züchtigungsrechtes gehalten. Trotzdem will ich keinen Anstand nehmen, zu erklären, daß im vorliegenden Falle gerade beim Religionsunterricht die Anwendung körperlicher Strafen doch nicht wünschenswerth erscheint; es ist dafür Fürsorge getroffen, daß sie nicht mehr zur Anwendung gelangen. (Beifall.)

Jazdzewski's Besuldigung, daß die Staatsregierung die polnische Sprache unterdrücke, weise er, Redner, auf das Entschiedenste zurück. (Beifall.) Die deutschen Staatsbürger polnischer Zunge müßten aber der deutschen Sprache mächtig sein, um an den deutschen Einrichtungen Theil zu nehmen. Der Religionsunterricht soll nicht ein Mittel zur Germanisirung sein. Die Bedeutung des deutschen Religionsunterrichts liege darin, daß der Schule der deutsche Charakter bewahrt werde. Diese Grundfänge werde die Regierung auch ferner festhalten. (Beifall.) Besonders dulden wir nicht, daß der Religionsunterricht mißbraucht werde, um deutsche Kinder zu polonisiren. Ein Gebot der Gerechtigkeit und der deutschen Staatsraison ist, die deutschen Katholiken im Osten gegen Polonisierung zu schützen. Die Staatsregierung könne verlangen, daß sich die Geistlichkeit fern halte von einer nationalen politischen Agitation, deren Spitze sich gegen Preußen und das Deutsche Reich richte. Die Regierung wolle nicht den Empfindungen der katholischen Kirche zu nahe treten. Redner betont, er werde weder eine protestantisch-konfessionelle, noch eine katholisch-konfessionelle, weder eine liberale, noch eine konserverbative Parteipolitik machen. Vor seinen Augen stehe nur eine untheilbare Nation. Die Geschichte beweise, daß das Unterdriicken einer Konfession nie zu einem dauernden Resultat führe, vielmehr nur Schaden über das Vaterland brachte. Eine Verständigung in prinzipiellen Fragen sei in Deutschland schwierig; es müsse aber praktisch möglich sein, bei Wahrung der Staatsverfassung ein friedliches Nebeneinanderleben der Konfessionen herbeizuführen, wenn festgehalten werde an dem Geist der Mäßigkeit, Billigkeit und Duldung. Im Osten handle es sich nicht um eine Vertheidigung der katholischen Kirche und des katholischen Glaubens, sondern darum, daß die nationale Ehre und Gesittung nicht zu Grunde gehen. (Beifall.) Es handle sich nicht um konfessionelle, sondern um nationale Aufgaben, in welche sich alle Konfessionen theilen sollen.

Ministerpräsident Graf v. Bülow verliest im weiteren Verlauf seiner Rede Berichte der Oberpräsidenten von Posen und Westpreußen, aus denen hervorgeht, daß das Deutschthum bezüglich des Grundbesitzes und der Berufsthatigkeit im unterschiedenen Rückgang begriffen sei.

Auch darin stimme er mit dem Abg. Hobercht überein, den preussischen Staatsgedanken lebendig und die Fundamente deutscher Gesittung intakt zu erhalten, damit in dem nationalen Kampfe, der im Osten gekämpft wird, das deutsche Element nicht unterliegt. In erster Linie ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der anstehenden Deutschen zu stärken und der Zugang besonders bäuerlicher Ansiedler planmäßig zu beschleunigen. Es werden hierfür weitere reichlichere Kreditbewilligungen dem Hause in kurzem vorgeschlagen werden. Der deutsche Großgrundbesitz soll ebenfalls gestärkt werden. In den Städten werden deutsche Vereinshäuser für den Mittelstand errichtet und weitere Garnisonen eingerichtet werden. Die Versekung in die östlichen Provinzen soll künftig für die Beamten eine besondere Auszeichnung und Anwartschaft auf eine erfolgreiche Laufbahn bedeuten. Theater werden zur Stärkung des Deutschthums beitragen und deutsche Ideale sollen überall gepflegt werden. Besonderer gesekgeberischer Maßnahmen bedarf es gegenwärtig nicht. An finanziellen Mitteln ist vorläufig die Erhöhung des Dispositionsfonds vorgesehen. Zu erwägen ist, ob den Beamten in den Ostprovinzen nicht Zulage zu bewilligen ist. Die Polen erfreuen sich aller verfassungsmäßigen Rechte, aber eine gewisse Grenze muß eingehalten werden.

Ministerpräsident Graf v. Bülow betont sodann, daß unsere Rechtsmittel auf die östlichen Provinzen unbeschränkt seien. Bei Zugeständnissen würde die Begehrlichkeit der Polen nur noch wachsen. An der Loyalität der polnischen Abgeordneten zweifle er nicht, aber aus den Artikeln polnischer Zeitungen (von denen Redner Proben gibt), gehe die agitatorische Bestrebung der Polen deutlich hervor. Ministerpräsident Graf v. Bülow fordert dann die deutsche Bevölkerung in den gemischtsprachigen Provinzen zum Muth und zur Einigkeit auf und erklärt, die Ostmarkenpolitik werde fortgeführt werden in den nationalen Geleisen, die ihr der größte deutsche Mann, Fürst Bismarck,

vorgetragen habe. (Lebhafte Beifall.) Sie werde diese Geleise nicht verlassen. „Die Gefahr im Osten“, schließt der Redner, „ist aber nur zu bannen, wenn die Deutschen im Osten die Hand mit anlegen und nicht alles von der Regierung allein erwarten. Es gibt kein friedliebenderes Volk als die Deutschen, aber was uns die Vorsehung gewährt hat als eine Entschädigung und Ausgleichung für die Verluste auf anderer Seite, unseren Besitzstand im Osten, dessen Wiedergewinnung der schönste Ruhmestitel der preussischen Könige ist, diesen Besitzstand werden wir festhalten, festhalten mit allen Mitteln, eingedenk des Wortes: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ (Lebhafte Beifall.)

Kultusminister Dr. Studt verliest eine Erklärung, in welcher er ausführt, daß die Stellungnahme der Regierung nicht nur berechtigt, sondern durch die Ereignisse geboten war. Alles war in schmerzlicher Ordnung, bis die großpolnische Agitation einsetzte. In dem Besonderen Fall sei die Unterrichtsverwaltung mit größter Mäßigkeit und dem größten Wohlwollen gegenüber den ungläublichen Provokationen vorgegangen. Sämtliche Kinder hätten dem deutschen Unterricht folgen können. Der Minister verliest dann polnische Berichte, in denen die Vorlesungen zu Agitationszwecken aufgebauscht sind, und erklärt, ein Nachgeben gegenüber den polnischen Bestrebungen sei ohne schwere Erschütterung des Staatskörpers nicht möglich. Er hebt die Pflichttreue der preussischen Lehrer gegenüber ihrer schweren Aufgabe hervor und betont, aus der Einberleibungsursunde Polens in Preußen gehe nicht hervor, daß den Polen Sonderrechte auf sprachlichem Gebiete zugesprochen seien.

Hierauf tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Friese (Centr.) führt aus, die Polen hätten die staatlichen Rechte wie jeder andere Staatsangehörige, dafür aber auch die Pflicht, sich als Unterthanen des Königs zu fügen und sich nicht gegen den Staat aufzulehnen; vor allem hätten sie sich von jeder großpolnischen Agitation fern zu halten. Aber auch die deutschen Vereine, wie die Galatien, sollten sich vor einer Ueberheißung des Bogens hüten. Redner wendet sich dann gegen das Verbot des polnischen Religionsunterrichts.

Abg. v. d. Heydebrand (kons.) weist darauf hin, daß wir in einem deutschen Staate leben. Die Schulen müssen deutsch sein und deutsch bleiben. Die Polen sollten sich uns assimilieren, wie die Wenden und Litauer.

Nach weiterer Debatte wird schließlich die Fortsetzung der Interpellationsbesprechung auf morgen vertagt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Werner (Reformp.) glaubt, daß durch die Pferdeankäufe, welche die Engländer in Westpreußen vorgenommen haben, die Neutralität im Burenkrieg seitens Deutschlands verletzt worden sei. Redner stimmt dem Vorredner in den Kolonialfragen zu und erhofft von dem neuen Zolltarif Hilfe für den bäuerlichen Mittelstand. Die Ausdrücke, die im Reichstag über Chamberlain gefallen sind, seien ja unparlamentarisch, im Volke könne man aber noch viel derbere Ausdrücke über ihn hören.

Bayerischer Staatsrath Febr. v. Stengel (auf der Tribüne schwer verständlich) kommt anlässlich einer Bemerkung des Vorredners auf die Ausführungen des Abg. Richter über die bayerische Ueberseehandelswirtschaft zurück und erklärt, die bayerische Finanzwirtschaft werde von der großen Mehrheit der bayerischen Volksvertretung durchaus gebilligt. Von irgend welchen künstlichen Manipulationen behufs Erzielung hoher Ueberseehandelspreise ist keine Rede. Thatsächlich müsse man in Bayern oft genug mit manchen Ausgaben warten, bis die nöthigen Gelder disponibel seien. Bayern schätze keineswegs aus dem Vollen. Bezüglich der Zulußhandelsverträge erklärt Febr. v. Stengel aus, daß die Bedenken gegen dieselbe ungerichtet seien. Sie entbehren nicht der Präzedenz und widerspreche nicht der Reichsverfassung. Febr. v. Stengel bemerkt bezüglich der Reichsrentenminister: gegen eine solche liegen keine staatsrechtlichen Bedenken vor, wohl aber sehr schwer wiegende vom Standpunkte der Einzelstaaten, die in die schwersten Malmantitäten kommen könnten, wenn die Steuerkraft ihrer Steuerzahler zum Theil durch das Reich absorbiert werde.

Abg. Stöcker (fraktionslos) bemerkt gegenüber dem Abgeordneten Wagem, bei den evangelischen Geschichtsforschern sei es an sich unmöglich, daß sie bezüglich der historischen Wahrheit mit ihrer Kirche in Widerspruch gerieten. Redner schildert ferner die Schädigung deutscher Missionsstationen in Südafrika durch englische Truppen. Warum richtet die Reichsregierung nicht gegen diese Unthaten einen kalten Wassertrahl, um das Volk jenseits des Kanals zur Besinnung zu bringen. Er kommt sodann auf die Konzentrationslager zu sprechen, die er Nordlager nennt. Er schließt mit einem Angriff auf die Sozialdemokratie, welche die Achtung vor dem eigenen Vaterlande untergrabe, durch falsche Darstellung des Krieges 1870/1871. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Febr. v. Richthofen: Wir sind fortwährend im Interesse der Missionen sowohl in London wie in Südafrika thätig und zwar nicht ohne Erfolg. Unserem Einwirken ist es zu verdanken, daß die verhafteten Missionare mit einigen Ausnahmen wieder freigelassen wurden, wenn ihnen auch nicht immer die Rückkehr an die Heimstätte erlaubt werden konnte. Für zwei Anfälle ist die Rückkehr der Missionare erwidert worden. Eine allgemeine Schadenersatzverpflichtung für vorgekommene Schäden und Verwüstungen ist anerkannt und festgesetzt worden. Hinderlich für ein wirksames Eintreten war besonders, daß die Missionare vielfach die deutsche Reichsangehörigkeit verloren hatten. Selbstverständlich werden wir unsere Bemühungen fortsetzen im Interesse Aller, die deutsch geblieben sind und im Interesse des Eigentums deutscher Reichsangehöriger.

Abg. Gasse (nat.-lib.) führt aus: Die zweite Rede des Reichskanzlers in Sachen Chamberlain's werde vielleicht im Auslande so ausgelegt, als ob sie die erste vernünftigen sollte. Wir Aldeutschen sind von der Rede des Reichskanzlers in hohem Grade befriedigt. Redner berührt ferner die Kriegführung der Engländer in Südafrika und beklagt, daß das Auswärtige Amt es abgelehnt habe, den Verletten Hilfe auszustellen, welche versuchen wollten, in die Konzentrationslager zu gelangen, mit der Begründung, die Ausstellung dürfte doch zwecklos sein. Sodann kommt Redner auf die Aeußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten Szell über den Aldeutschen Verband zu sprechen und erklärt, dem Aldeutschen Verbande liege es fern, gegen den ungarischen Staat agieren zu wollen. Szell hätte angefangen das Vorgehen der ungarischen Studenten in Pest Fingel-Tangels am wenigsten Veranlassung gehabt, sich über deutsche Bierbankpolitiker aufzuregen. Die Ungarn behaupten noch immer, Kaiser Wilhelm habe auf der Ofener Burg geäußert, daß das Bündniß Deutschlands mit Ungarn für Deutschland desto werthvoller sei, je mehr Ungarn ein rein magyarischer Staat würde. Eine solche Aeußerung sei unmöglich und er glaube nicht, daß der Kaiser die zwei Millionen Deutscher in Ungarn so hintersetzen könne.

Staatssekretär Dr. Febr. v. Richthofen: Auf die ersten Ausführungen des Vorredners sei zu bemerken, daß bereits vorher niederländische Verträge vergeblich an die englische Regierung wegen Zutritts zu den Konzentrationslagern sich gewendet hätten; infolge dessen würden auch deutsche Verträge nicht zugelassen werden sein.

Abg. Gahn (h. l. Kr.) spricht die Hoffnung aus, daß man nicht etwa auf Grund von Lebenswichtigkeiten, die zwischen den Staatsoberhäuptern Deutschlands und Nordamerikas ausgetauscht worden seien, bei dem Abschluß der Handelsverträge Amerika günstiger stelle als andere Länder. Redner betont die Nothwendigkeit einer Reform des Vörsengesetzes und erhofft von dem Zolltarif eine Kräftigung des Bauernstandes.

Abg. Arendt (Reichsp.) erklärt, in der Angelegenheit der Invalidenpensionen dürfe die Geldfrage nicht maßgebend sein, denn es handle sich um eine Ehrensache der deutschen Nation. Redner polemisiert dann gegen Richter's Aeußerungen über die Kolonialpolitik. Richter solle doch in seinem Haushalt einmal Uambaralasse probieren, dann werde ihm seine Hausfrau sagen, daß er gut ist. Die gegenwärtige Krise sei weniger eine wirtschaftliche als eine politische. Die einzig gebührende Antwort auf die Obstruktion gegen die Zolltarifvorlage wäre die Kündigung der Handelsverträge.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky befreit entgegengesetzten gegenüber dem Abg. Gahn, daß die gegenwärtige Abstraktion einen Zusammenhang habe mit der Durchführung des Vörsengesetzes. Kein Vörsengesetz könne verhindern, daß es unzulässig Bankleiste gebe. Das Publikum bediene sich immer nicht genügend, daß sein Vermögen am besten angelegt sei in sicheren, wenn auch bescheidenen Werthpapieren. Die Durchführung des Vörsengesetzes gelte durch die Einzelstaaten. Preußen habe eine Abänderung beantragt. Seiner Zeit werde ja Gelegenheit sein, über diesen Punkt zu sprechen.

Abg. Hermes (freis. Volksp.) betont bezüglich des Falles Spahn, daß für wissenschaftliche Stellungen nur die wissenschaftliche Qualifikation maßgebend sein dürfe. Die Sacharinsteuer würde nemenswerthe Erträge nicht bringen.

Abg. Fürst Madajewicz (Pole) betont gegenüber einer Aeußerung Arendt's, der seine Zufriedenheit mit der heutigen Rede des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus ausdrückte, daß doch auch die nationale Rinderheit im Reich das Recht habe, gehört zu werden. Dr. Sattler habe sich neulich bedauerliche Abweichungen vom Wege der objektiven Wahrheit zu Schulden kommen lassen. Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Bebel, daß er sich eine Erwiderung auf die Ausführungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers vorbehalten müsse. — Schluß: 6 1/2 Uhr.

Berlin, 14. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Das Haus ist schwach besucht. Die Verathung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Sattler (nat.-lib.) hält seine Ausführungen über die galizischen Verhältnisse und die Polenfrage aufrecht. Was den Fall Spahn anlangt, würde sich niemand über Spahn's Verurteilung aufgeregt haben, wenn außer Spahn niemand für die Professur vorgeschlagen worden wäre. Die wissenschaftliche Tüchtigkeit muß allein maßgebend sein. Die persönlichen Angriffe Wagem's seien weder höflich noch kollegial.

Abg. Wagem (Centr.): Seine Worte richteten sich gegen die Voraussetzungslosigkeit der Professoren. Redner zierte folgenden Vers: „Gar mancher hält sich für ein fluges Haus und bleibt Nachbeter bis zu seinem Tode.“ Ich setze nichts voraus, vorausgesetzt, daß dies jetzt Wode ist. In Straßburg seien 25 Jahre lang nicht die wissenschaftliche Tüchtigkeit, sondern die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche maßgebend gewesen. Der moderne Katholizismus, auch der deutsche, haben zahlreiche vorzügliche Leistungen gezeitigt.

Berlin, 13. Jan. Die Zolltarifkommission des Reichstags begann in Anwesenheit der Staatssekretäre Graf Posadowsky, Febr. v. Richthofen und Thielmann sowie der Minister v. Roddebeck und Müller die Verathung des Zolltarifgesetzes. Vom § 1 wurde außer dem bereits zurückgestellten Absatz 2 (Minimalkörnung des Getreides) auch Absatz 1 nebst dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Nahrungsmittelzölle zurückgestellt. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über den Absatz 3 des § 1, welcher lautet: Auf Erzeugnisse der deutschen Zollauslässe finden die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen Anwendung, soweit nicht der Bundesrath Ausnahmen vorsehreibt. Den Erzeugnissen deutscher Kolonien und Schutzgebiete können die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen durch Beschluß des Bundesraths einräumt werden. Dieser Absatz 3 wird angenommen, jedoch hinter die Worte „vorsehreibt“ ein von den Sozialdemokraten beantragter und von den Staatssekretären Posadowsky und Thielmann gebilligter Satz eingefügt, nach dem die getroffenen Ausnahmen dem Reichstage sofort oder bei seinem nächsten Zusammentreten mitzutheilen und außer Kraft zu setzen sind, wenn der Reichstag nicht zustimmt. Eine Vorrede von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Fassung des Absatzes 3, nach welcher auf Erzeugnisse der Zollauslässe sowie der Kolonien und Schutzgebiete die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen ausnahmslos anzuwenden sind und Baaren aus Deutschland in deutsche Kolonien und Schutzgebiete zollfrei eingehen, wurde abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte Graf Posadowsky, die Verbündeten Regierung seien demüthigt, einen Zollkrieg so lange als irgend möglich zu vermeiden. Sollte aber trotzdem einmal die Nothwendigkeit eines Zollkrieges eintreten, so seien sie auch gefonnen, ihn mit allen ihnen zurükstehenden Mitteln zu führen. Dies sei der Zweck der im Absatz 3 vorgesehene Bestimmung, bei welcher es sich nur um Zeiten äußerster Noth handle. Ferner erklärte Graf Posadowsky, der Kommission würden die von ihr gewünschten Druckzahlen, namentlich die Produktionsstatistik des wirtschaftlichen Ausschusses zugehen.

Berlin, 14. Jan. Dem Reichstage ging ein Verzeichnis der Petitionen zum Zolltarif zu. 13 bitten um Ummahme des Doppeltarifs, 22 wollen ihn direkt abgelehnt wissen, 50 andere bringen spezielle Wünsche vor und sprechen sich für die Ablehnung des ganzen Zolltarifs aus. Zu den einzelnen Tarifnummern liegt eine Unmasse Petitionen vor.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 14. Januar.

Staatsminister von Brauer konnte heute nicht zum Vortrag bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog erscheinen, da die Verathungen in der Zweiten Kammer der Landstände seine Anwesenheit daselbst erforderten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing zur Mittagszeit den Generalmajor z. D. von Wallenberg, zuletzt Kommandeur der 16. Kavallerie-Brigade.

Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm begehrt heute das russische Neujahrsfest. Höchstselbst nahm an der Großherzoglichen Frühstückstafel theil.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsraths Dr. Seyb.

Heute Abend folgte Seine Königliche Hoheit der Einladung der Königlich Preussischen Gesandten von Eisenbecher und Gemahlin zu einem Ball im großen Saal der Museums-Gesellschaft.

(Im Wohlthätigkeitskonzert des Elisenbethenvereins) wird der erblindete italienische Sopranist Zabozzi mitwirken. Wir haben bereits in einem Heftartikel der Nr. 296 vom 30. Oktober 1901 Gelegenheit gehabt, auf die ganz hervorragende künstlerische Bedeutung Zabozzi's hinzuweisen und hoffen gern, daß sein hiesiges Auftreten sich erfolgreich gestalten wird.

Dr. Sch. Schneebeschreibungen. Während der verfloffenen Woche hat nur in den höheren Lagen des Schwarzwaldes eine gefloßene Schneedecke bestanden, ihre Höhe hat nur geringe Veränderungen erfahren. Am Morgen des 11. Januar (Samstag) sind gemessen worden beim Feldbergberg 40, in Bernau 9, in Todtnauberg 20, in St. Märgen 10, in Ariebis 25 cm. Die Beobachtungsstellen in Furtwangen, Stetten a. I. M., Helligenberg, Bollhaus, Bommendorf, Böschenschwand, Gersbach, Breitenbrunn, Herrenwies, Kattenbrunn sind schneefrei gewesen.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestohlen wurde am 3. d. M. einem Ledigen in der Werderstraße ein neuer grünlichter Joppenanzug im Werthe von 20 M., ferner in der Nacht zum 12. d. M. ein Händler in der Brunnenstraße ein unverschlossener Koffer mit 190 M., endlich in derselben Nacht aus einem Geschäftsladen in der westlichen Kaiserstraße mittelst Nachschlüssel 327 M. und aus Bureauzimmlichkeiten in der Karlsruherstraße ein bis jetzt noch nicht näher festgestellter Betrag an Baargeld. Am 6. d. M. schenkt ein Gastwirth in der Waldstraße einem unbekannten Schwindler zum Opfer gefallen zu sein. Derselbe stellte sich als Leutnant der Reserve Sch. vor und bat den Wirth um ein Darlehen, welches ihm auch gewährt wurde, da er auf Ehrenwort versicherte, bis zum nächsten Morgen das Darlehen wieder zurück zu bezahlen. Bis jetzt hat indessen der Kreditur vergeblich auf Heimzahlung gewartet. Verhaftet wurden: ein Arbeiter aus Breslau, der von der Staatsanwaltschaft Leipzig wegen schweren Diebstahls festgenommen verurteilt wird und ein Schriftfeger aus Laub, weil er in verlossener Nacht, Ecke der Bahnhofs- und Müppurenerstraße einem Kaufherrn, ohne jeglichen Grund, mit einem schweren Stoße derart angefaßt hat, daß er sich im Städtischen Krankenhaus verbinden lassen mußte. Am 10. d. M. Vormittags halb 8 Uhr ist in dem 4. Stock eines Hauses in der Wilhelmstraße ein 31 m e r b a n d ausgebrochen, der ohne fremde Hilfe wieder gelöst werden konnte. Vorflotte Nacht um halb 11 Uhr fürzte ein in der Marktgrafenstraße wohnhafter Tagelöhner beim Nachhausegehen infolge starker Trunkenheit an der Kreuzung der Fasanen- und Kronenstraße derart zu Boden, daß er bewußtlos liegen blieb und in das Städtische Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

(Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 2. bis 5. Januar 1902 wurden an 461 Besucher 529 Bände ausgeliehen.

(Verein für Volkshygiene Ortsgruppe Karlsruhe.) In dem am Montag, den 13. d. M. veranstalteten Vortragsabend sprach Herr Dr. Schwibbe, Orenarzt, hier, über die Hygiene des Ohres. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes: Bei Erkrankungen des Ohres greife man nicht erst zu all den sogenannten Hausmitteln, Dämpfen, Bädern, Schmandelöl oder anderen Örtropfen und Gebiröl oder zur Spritze, sondern suche sofort schmerzgemäße Hilfe. Wird auch durch Anwendung obiger Mittel nicht gerade immer direkter Schaden gestiftet, so wird doch der richtige Augenblick zum Eingreifen verkannt und die Heilung erschwert, wenn nicht gar ganz unmöglich gemacht. Schon in den ersten Lebensjahren ist für Abkühlung zu sorgen, da sehr häufig einmal erkrankte Ohren bei jeder Erkältung wieder erkranken werden. Abkühlung heißt die Anpassung unseres Körpers an die wechselnden Temperaturen unserer Klimas. Diese Anpassung geschieht beim gefunden Kunde von selbst, wenn es nur von Geburt an nicht in überheizten Räumen gehalten, regelmäßig an die Luft gebracht und nicht zu warm gekleidet wird, auch im Bett nicht zu warm liegt. Die Ohrmembran selbst bedarf nur bei langem Aufenthalt im Freien bei Kälte und Regen eines Schutzes durch Tuch oder Ohrkappe. Warte im Ohr ist bei gefunden Ohren ganz von Uebel. Viele Industriellen bedingten chronische Vergiftungen und Erkrankungen des Gehörnerven, ebenso der Mißbrauch von Tabak und Alkohol. Allen Menschen drohen Nachtheile für das Ohr durch den täglichen Straßenlärm. (Hier tritt der Redner besonders die Verhältnisse in Karlsruhe und den allerdings schon Jahr und Tag andauernden einfach unhaltbaren Zustand der hiesigen Straßenbahn.) Durch den Tageslärm wird bei empfindlichen Nerven, besonders bei geistiger Arbeit die Nervengerätlichkeit wesentlich begünstigt. Da greifen die weitgehendsten Forderungen an den Selbstheil des Steuerzahlers Platz — geräuschloses Pflegen in erster Linie, sodann strenge Volkshygiene vor allem gegen jede Störung der Nachtruhe. Bei den Infektionskrankheiten — Typhus, Malaria, Cholera, Influenza, Diphtherie, Keuchhusten u. s. w. — erfordert eine Mittelkrankung des Ohres, die sich oft nur im erneuerten Anfeigen des Fiebers äußert, besondere Aufmerksamkeit. Einige ganz schwere Erkrankungen und veraltete, vernachlässigte Leiden tragen jedem Verlaufe, eine Besserung oder Heilung herbeizuführen. Und an diese Unglücklichen wenden sich gewissenlose Spitalanten mit Anpreisung ihrer Gehörölle, der Selbstbehandlungsapparate, der künstlichen Trommelfelle, der Dörtrömmeln, der Ohrtrübe, des unsichtbaren Anisipon, Bernard u. s. w. Der einzige Erfolg aller dieser Nests mit wüthel Geld bezahlten Mittel ist trotz der glänzendsten Empfehlungen doch nur der, daß der Patient keine Abhilfe erreicht und seine Tasche mit dem Gelde Derer füllt, die nie alle werden. — Mit der Warnung, die Erkrankungen des Ohres ebenso ernst zu nehmen wie die des Auges oder eines anderen Körpertheiles und sich sofort an die richtige Quelle zu wenden, schloß der Vortragende seine interessanten Ausführungen.

(Im Museum der Kunstschule) sind von Dienstag den 14. bis einschließlich Dienstag den 21. d. M. die Weihnachtsgeschenke, die Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin erhalten und der Schule huldvollst zur vorübergehenden Ausstellung zur Verfügung gestellt hat, zu besichtigen. Es befinden sich darunter hervorragende Produkte hiesiger Keramik, interessante Textilarbeiten und verschiedene kunstreich ausgeführte kleine Möbel, Stickerien und Malereien, worunter auch eine Nachbildung des reizvollen Portraits der jungen Kaiserin Victoria Luise.

(Aus der Sitzung der Strafkammer vom 10. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsrath Siegel. — Heute standen durchweg Berufungen in Privatklagen

England und Transvaal.

(Telegramm.)

London, 13. Jan. Eine Depesche Lord Ritzgeners aus Johannesburg vom 13. Januar besagt: Oberst Wing fing einen Brief von Piet Wiljoen auf, aus dem hervorgeht, daß der Burenführer J. D. Oppermann, dem mehrere Kommandos unterstellt gewesen seien, im Kampfe mit Oberst Plumer bei Onverwacht gefallen sei. Das Gefecht sei bedeutend gewesen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Kiel, 14. Jan. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“, mit dem Prinzen Heinrich, wird am 18. Januar die Fahrt nach Amerika antreten. Das Schiff wird für eine zehnwöchige Reise ausgerüstet und verproviantiert. Die Hohenzollern wird nicht den gewöhnlichen Reisedeck einnehmen, sondern an der Westküste Europas über Gibraltar nach den Capverdischen Inseln dampfen, wo der Hafen Porto Grande auf St. Vincent angelaufen wird. Von dort aus durchquert die Kaiserjacht den Atlantischen Ocean und besucht die dänische Insel St. Thomas und geht von Westindien nach New-York. Die Rückreise wird voraussichtlich am 15. März angetreten. An Bord der „Hohenzollern“ schiffte sich die Kapelle der zweiten Matrosendivision ein.

New-York, 14. Jan. Seine Königl. Hoheit Prinz Heinrich wird bei seiner Ankunft hier von einem Vertreter des Präsidenten empfangen werden. Der Präsidentenpalast von 21 Schüssen wird bei seiner Ankunft abgefeuert und in Washington wird der Präsident den Prinzen empfangen und ihn einladen, Gast der Nation zu werden. Es soll alles geschehen, um dem Prinzen den Aufenthalt so angenehm und denkwürdig wie möglich zu machen. Das nordatlantische Geschwader wird Befehl erhalten, die „Hohenzollern“ auf hoher See zu empfangen und in den Hafen zu geleiten.

Chicago, 14. Jan. Der deutsche Männerchor „Germania“ beschloß, Seine Königl. Hoheit den Prinzen Heinrich einzuladen, nach Chicago zu kommen. Es ist ein großer Empfang geplant.

Berlin, 14. Jan. Der Nordd. Allg. Ztg. zufolge ging hier die Nachricht ein, daß der Kommandeur der Kameruner Schutztruppe, Oberstleutnant Pawel, auf der in der zweiten Hälfte des Jahres angetretenen Expedition in das Innere mit den Stämmen der Bafuts und Bafjengs heftige Kämpfe hatte, die antrüberrischen Stämme aber schlug und 300 Gefangene machte, wobei der Kompanieführer Hauptmann Gaunting schwer verwundet wurde.

Frankfurt, 14. Jan. Seien fanden hier zwei von etwa 1400 Personen besuchte Arbeitlosenversammlungen statt, welche ruhig verliefen. Es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Behörde um Schaffung von Arbeitsgelegenheit ersucht wird.

München, 13. Jan. Die Kammer der Reichsräte beschloß sich bei der heutigen Beratung des Justizgesetzes mit dem Beschluß der Abgeordnetenkammer, welcher die Regierung ersucht, Israelliten nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in die Justizverwaltung aufzunehmen. Der Ausschuß der Reichsratskammer beantragte Übertragung zur Tagesordnung in Anbetracht dessen, daß die Anstellung von Richtern ein Recht der Krone bilde. Die Reichsräte Frhr. v. Arburg und Frhr. v. Soden beantragten den Zusatz: „sowie im Hinblick auf die von der Staatsregierung am 29. November 1901 in der Kammer der Abgeordneten abgegebenen Erklärung. Im Laufe der Debatte erklärten beide Antragsteller, daß die im weiten Kreise bestehenden Bedenken gegen die übertragene Zahl der jüdischen Richter berechtigt sei. Es sei daher die Erklärung der Regierung, daß bei Anstellung der Richter auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht genommen werden solle, zu begrüßen. Der Antrag Arburg-Soden wurde angenommen.

Kopenhagen, 13. Jan. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der russische Minister des Innern die Aufhebung des russischen Telegraphenbureaus (Zinstelegraphenbureau) vom 1. Februar ab beschließen habe.

Kopenhagen, 12. Jan. Der König erließ ein offenes Schreiben an den isländischen Althing, wonach der Althing zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 27. Juli 1902 einberufen wird. Der König spricht ferner die Genehmigung aus, den Wünschen des isländischen Volkes betreffend die Verfassungsänderung nachzukommen und wird deshalb dem Althing eine Verfassungsreform vorschlagen, wonach ein der isländischen Sprache kundiger besonderer Minister für Island ernannt werden soll, und der Sitz des isländischen Ministeriums von Kopenhagen nach Reykjavik verlegt wird.

Paris, 14. Jan. Jaurès schreibt an die sozialistische „Petite Republique“, es sei erfreulich, daß Frankreich sich allmählich durch die erfreuliche Annäherung an das von einem demokratischen und sozialistischen Geiste durchweichte Italien von dem exzessiven Charakter des Bündnisses mit Rußland freigemacht habe. Es bereiten sich in Europa allmählich Gruppierungen vor, welche der sozialistischen Friedens- und Abrüstungs-idee allmählich eine feste Gestalt anzunehmen gestatten.

St. Petersburg, 14. Jan. Arbeitsminister Millerand hielt hier bei einem Festmahle eine Rede, in welcher er den Eintritt der sozialistischen Partei in die Regierung und ihre Mitarbeit an den Regierungsaufgaben rechtfertigte. In einer Rede, welche das allgemeine Stimmgerecht habe, müßten die Sozialisten, welche daran arbeiteten, demokratische Reformen zu verwirklichen, auch die Verantwortung übernehmen, welche aus der Mitarbeit am öffentlichen Leben hervorgehe.

London, 14. Jan. Viceadmiral Sunden-Vibrant ist heute von Seiner Majestät dem König Eduard empfangen worden. Er überreichte ein Handschreiben Seiner Majestät Kaiser Wilhelms. Die „Times“ sagen: Es ist nicht das erste Mal, daß Sunden-Vibrant im Augenblick einer politischen Entfremdung zwischen beiden Ländern in besonderer Mission am britischen Hofe anwesend ist. Er kam 1896 kurz nach dem bekannten Telegramm an den Präsidenten Krüger als Ueberbringer eines sehr liebevollen Briefes Kaiser Wilhelms an die Königin Victoria, von dessen Inhalt man weiß, daß es ihm gelungen ist, den peinlichen Eindruck zu verwischen, welchen der unglückliche Zwischenfall in den höchsten englischen Kreisen hervorgerufen hat. Das Wolffsche Bureau erzählt hierzu nach eingegangener Erkundigung: Von einer politischen Mission Sunden-Vibrants ist hier nichts bekannt. Sunden-Vibrant ist wie in jedem Jahre

so auch in diesem nach England gegangen, um der regelmäßig in Januar stattfindenden Zusammenkunft der Nachfreunde für das Helgoland-Rennen beizuwohnen.)

London, 14. Jan. In einem Artikel der „Morning Post“ heißt es: „In Großbritannien herrscht vollständige Bereitwilligkeit, die vollkommene Herzlichkeit in dem Verhältnis der stammverwandten deutschen Nation aufrecht zu erhalten, deren große Eigenschaften hier lange anerkannt wurden, deren Herrscher ein Kneffe des Königs und ein willkommener Gast der Insel ist und deren politische Interessen in vielen Punkten mit den unseren zusammenfallen.“

London, 14. Jan. Campbell Bannerman hielt gestern Abend auf einer Versammlung der liberalen Vereinigung Londons eine Rede. Rosebery entschuldigte brieflich sein Nichterscheinen mit der Abwesenheit von London und drückte dabei die Hoffnung aus, daß die Versammlung mitarbeiten werde an der Einigung der Liberalen. Bannerman sprach in herzlichen Worten die Freude über die Rückkehr Roseberys in das öffentliche Leben aus und sagte, er habe mehrere Male öffentlich und persönlich Rosebery eingeladen, sich der liberalen Partei wieder anzuschließen, die ihn freudig willkommen heißen werde. Bannerman erklärte, der Krieg könne nur auf dem Wege der Versöhnung, nicht auf dem der Unterwerfung beendet werden. Er sehe keinen materieller Unterschied in der Friedensfrage zwischen den Ansichten Roseberys und den seinen. Redner mißbilligte schließlich den Wunsch Roseberys, in seiner unabhängigen Sonderstellung zu verharren. Campbell Bannerman erklärte die Behauptung von der beabsichtigten Gründung einer dritten Partei für lächerlich, und fügte hinzu, das Schicksal der liberalen Unionisten sei eine furchtbare Mahnung für den maßlosen Ehrgeiz gewesen. Er sehe kein Hindernis, daß irgend ein Liberaler in der Frage des Krieges mit Rosebery zusammengehe. Nach Bannerman sprach Spencer und erklärte seine Zustimmung zur Rede Roseberys in Chesterfield, welche auf ein Zusammengehen Roseberys mit verschiedenen liberalen Gruppen hindeuten scheine.

Beide Redner wurden von der Versammlung mit Begeisterung empfangen. Auch Miss Hobhouse war anwesend und gleichfalls Gegenstand von Schuldigungen. Ehe die Redner sprachen, wurden von den Gallerien Flugblätter herabgeworfen, worin Rosebery des Rathes an der Sache der liberalen Partei beschuldigt wird.

St. Petersburg, 13. Jan. Ihre Majestäten der Kaiserin und der Kaiserin sind mit den Kindern aus Borstkei Selo nach Petersburg in das Winterpalast übergesiedelt, die Kaiserin Witwe mit dem Großfürsten-Thronfolger aus Gatchina in das Anstolow-Palast.

St. Petersburg, 14. Jan. Das Reichsbudget für 1902 weist an Einnahmen im Vorausanschlage 1 946 571 976 Rubel auf. Bei den Staatsausgaben betragen die ordentlichen 1 775 913 481, die außerordentlichen 170 658 495, zusammen 1 946 571 976 Rubel. Bei den ordentlichen Ausgaben entfallen auf Zahlungen für Anleihen 286 459 713, Kriegsministerium 322 638 537, Marineministerium 98 318 954, Finanzministerium 335 198 430, Unterrichts 36 624 312, Reichs 435 547 758, Justiz 47 392 498 u. s. w. Der Bericht des Ministers schließt mit den Bemerkungen, daß die Finanzen, welche auf beständigem Gleichgewicht im Budget beruhen, sich in vollkommen befriedigendem Zustande befinden und daß das Münzsystem nichts zu wünschen übrig läßt.

St. Petersburg, 14. Jan. Die „Finlandskaja Gostja“ bringt Tageshefte des Generalgouverneurs Bobrikow, in denen er bekannt gibt, daß am 14. Januar der Stab der finnischen Truppen und die Reservcadres derselben aufbrechen zu bestehen. Ferner solle auch mehr auf die erfolgreiche Erlernung der russischen Schrift und Sprache bei der Mannschaft gesehen werden, da ohne Kenntnis derselben in Zukunft eine Beförderung zu Unteroffizieren nicht stattfinden könne.

New-York, 14. Jan. Einer Depesche aus Caracas zufolge nahmen die Regierungstruppen in der Nähe von San Carlos, Lutozky, den Führer des gegen den Präsidenten Castro gerichteten Aufstandes, am 19. Dezember gefangen.

Verschiedenes.

Berlin, 14. Jan. Die Morgenblätter melden aus Dresden vom 13. d. M.: Während der heutigen Vorstellung im Stadttheater brach infolge Kurzschluß ein Bühnenbrand aus, wobei drei Schauspielern Brandwunden erlitten. Obwohl das Publikum das Haus in einer Panik verließ, ist kein weiterer Unglücksfall vorgekommen.

Berlin, 14. Jan. (Telegr.) Das erste Auftreten Coquelins im königlichen Schauspielhaus mit seiner Truppe, darunter Madame Durand, ist von dem überfüllten Hause mit großem Beifall ausgezeichnet worden.

Paris, 14. Jan. (Telegr.) Santos Dumont erklärte daß er bei der Ausstellung in St. Louis wo für Weltfahrten lenkbare Luftschiffe ein Preis von 200 000 Dollars ausgeschrieben ist, teilnehmen werde.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 14. Jan. 1902. Der hohe Druck, dessen Kern nach über den britischen Inseln liegt, hat sich von dort über die westliche Hälfte Mitteleuropas verbreitet, weshalb hier vielfach Aufklarung erfolgt ist. Der größte Teil Deutschlands steht unter der Herrschaft einer über dem rheinischen Meerbusen gelegenen Depression mit trübem und zu Schneefällen geneigtem Wetter. Die Temperaturen sind auf dem Festlande überall zurückgegangen und lagen am Morgen meist unter dem Gefrierpunkt. Theils heiteres, theils nebligtes Wetter mit leichtem Froste ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Datum, Barom., Therm., Wind, Windgeschw., Windrichtung, Himmel. Rows for 13.1.1902, 14.1.1902, 14.1.1902.

Höchste Temperatur am 13. Januar: 4.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.6. Niederschlagsmenge des 13. Januar 0.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Mannheim, 14. Jan.: 3.45 m, gefallen 10 cm. Verantwortlicher Redakteur: Julius Rath in Karlsruhe.

zur Verhandlung. Zwei derselben, die Anklage gegen den Schlosser Karl Wilhelm Weisk aus Mühlburg wegen Verleumdung und die Anklage gegen die Geschäftsführerin Babette Baumert aus Mannheim wegen Verleumdung waren von der Tagesordnung abgesetzt worden. In den übrigen Fällen, bei denen sämtlich die Urtheile des Schöffengerichts bestätigt wurden, traf der Gerichtshof folgende Entscheidungen: Oskar Georg Allessbach von hier wegen Verleumdung des Ludwig Schmitt von hier 100 M. Geldstrafe; Ziegler Wilhelm Stürmlinger aus Würzheim wegen Verleumdung des Florian Maich in Schöllbrunn 30 M. Geldstrafe; Versicherungsbeamter Karl Langendörfer von hier wegen Verleumdung des Wilhelm Birg von hier 40 M. Geldstrafe.

Baden-Baden, 12. Jan. Die statutenmäßige Generalversammlung des Internationalen Klubs fand Samstag in den Klubräumen statt und war überaus zahlreich, namentlich von den auswärtigen Mitgliedern, besucht. Die Versammlung leitete der Vizepräsident Graf Georg Lehndorff. Das aufgestellte Budget für das Jahr 1902 wurde dann genehmigt. Die nunmehr auf Grund der Vorschläge vorgenommenen Neuwahlen, bei welchen der Vorsitzende die Gelegenheit wahrnahm, der beiden vorhergehenden um den Klub sich verdient gemachten Männer, des Präsidenten Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar und des Herrn Louis Borchard, in warmen Worten zu gedenken und deren Verdienste um den Klub besonders hervorzuheben, hatten folgendes Ergebnis: An Stelle des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar wurde Fürst Fürstenberg per Affirmation als Präsident des Internationalen Klubs gewählt und als die beiden Vizepräsidenten die Herren Frhr. Engelbert von Fürstenberg und Graf Georg Lehndorff. Unmittelbar nach der Generalversammlung fand eine Sitzung des Internationalen Renncomités, ebenfalls unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Klubs, des Grafen Georg Lehndorff, statt, in welcher die verschiedenen Organe für den Rennbetrieb statutenmäßig auf weitere drei Jahre gewählt wurden. Darauf wurde das von der technischen Kommission ausgearbeitete Rennprogramm vorgetragen und zur Publikation genehmigt. Auch für das laufende Jahr sind wieder fünf Renntage mit je sechs Rennen pro Tag und insgesamt etwa 420 000 M. Geldpreise und fünf Ehrenpreise bestimmt worden.

Kleine Nachrichten aus Baden. Nach dem Berichte des Tiefbauamts über den Stand der Arbeitslosenbeschäftigung in Mannheim haben sich bis einschließlich 4. Januar laufendes Jahres 1258 Mann gemeldet. Zur Einstellung eigneten sich 842 Mann, von welchen 438 Mann Arbeit erhielten. Von diesen sind 95 freiwillig ausgetreten, 6 wegen Trunkenheit entlassen worden. Die Entschädigungslage der Stadt Mannheim gegen die holländische deutsche Waagegesellschaft in Düsseldorf, welche die ihr auf Grund eines Submissionsangebots übertragene Erdauflösung im Gebiete der östlichen Stadterweiterung nicht ausführt, ist dieser Tage von dem Oberlandesgericht in Karlsruhe durch einen Vergleich erledigt worden. Die Stadt erhält hiernach eine Entschädigung von 80 000 M. Abgebrannt ist das Haus des Kaufmanns Rinf in Nauenburg, Amt Wiesloch. Ein Theil der Waaren konnte gerettet werden; jedoch wurden die Sabeligkeiten eines Fabrikarbeiters und eines Schneiders, die in Miete wohnten, von den Flammen vernichtet. Vermuthlich infolge Brandstiftung ist in Birmberg die Scheuer der Witwe Kälber abgebrannt, wodurch ein Gesamtschaden von etwa 8000 M. entstand. Aus Ralsch, Amt Wiesloch, wird berichtet: Am Samstag wurden zwei Arbeiter in der oberen Stalmühle von herabfallenden Balken verletzt. Es gelang, den einen, dem Erstschädigten nahe, noch unterseht hervorzuheben. Der andere erlitt einen schweren Beinbruch. Der wegen Brandstiftung verhaftete Hofknecht Leutke wohnte im November 1899 im Frankischen Hause, Kreuzlingerstraße, in Konstanz, als dort ebenfalls in unauflöslicher Weise Brand ausbrach. Nun geht die Untersuchung auch dahin, ob Leutke nicht schon jenen Brand verursacht habe. Auf dem Konstanzer Bahnhofe kamen eine Anzahl Reger durch, welche unter Führung einiger Deutschamerikaner einen Transport von über 1000 Pferden von Amerika an die Engländer nach Südafrika abgeliefert hatten. Den ersten Theil lieferten sie direkt, den zweiten der Pferde übernahmen sie in Rume. Jetzt reisen sie durch die Red Star Linie in Gesellschaft von Kroaten und Slovenen wieder zurück in ihre Heimath.

Badischer Landtag.

21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag den 14. Januar 1902.

(Vorläufiger Bericht.)

Am Regierungstisch: Sämtliche Mitglieder des Staatsministeriums und Regierungskommissäre.

Präsident Günner eröffnet halb 10 Uhr die Sitzung. In der Fortsetzung der allgemeinen Budget- und Zolltarifdebatte begründet Abg. Dreesbach die Zolltarifinterpellation der Abgg. Dreesbach und Genossen.

Finanzminister Dr. Buchenberger legt in längerer Rede den Standpunkt der Groß. Regierung dar, die die Sätze des Zolltarifs für angemessen halte. Abg. Wilkens spricht über das Finanzgesetz und die Interpellationen. Seine Partei siehe dem Zolltarif nicht ablehnend gegenüber.

Staatsminister v. Brauer legt die allgemeine Finanzlage mit besonderer Berücksichtigung des Eisenbahnetats dar. Abg. Klein spricht zu Gunsten der vorgeschlagenen landwirthschaftlichen Zölle und polemisiert gegen die Abgg. Rufer und Dreesbach.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

London, 14. Jan. Der „Standard“ meldet aus Tientsin vom 13. d. M.: Zuanzhikai habe als Oberbefehlshaber jetzt 10 000 Mann in Peking unter sich und beabsichtige, die gleiche Anzahl Truppen in der Nähe Peking aufzustellen. Zuanzhikai soll die Kaiserin-Witwe mit Misträuen gegen die fremden Mächte zu erfüllen suchen. Junglu sei zum Revisor der kaiserlichen Edikte ernannt worden und es verlautet, Prinz Tschu u werde die Tochter Junglus heirathen.

London, 14. Jan. Reuter meldet aus Peking vom 14. Januar: Der amerikanische Konsul in Peking hat sich wiederholt beschwert darüber, daß die Russen in die Rechte der Ausländer eingriffen.

Sammlung für die Großherzog Friedrich-Jubiläums-Stiftung. Öffentlicher Aufruf!

№ 598.1

Den 1. Januar 1902.

Im April dieses Jahres begeht Seine Königliche Hoheit unser geliebter und verehrter **G r o ß h e r z o g** sein fünfzigjähriges Regierungsjubiläum.

Was er in dieser langen rückliegenden Zeit für sein Volk und für das ganze deutsche Vaterland Gutes und Großes gewirkt hat; wie er mit den höchsten Herrschertugenden, mit Weisheit, Gerechtigkeit und Willensstärke reich geschnitten war; wie er in unermüdlicher Pflichterfüllung, in Gottesfurcht und Treue, in Wahrhaftigkeit und Herzengüte Allen voranleuchtete; welchen gewaltigen Aufschwung unter seiner gelehrten Leitung sein Volk auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit, in Kunst und Wissenschaft, Gewerbe, Handel, Landbau und Verkehrswesen genommen hat; wie er die Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde zu fruchtbarer Entwicklung führte; was er zur Schöpfung und Erhaltung eines starken vaterländischen Heeres beitrug; wie er seinen Staat zu dessen Heil der mächtigen Einheit des Deutschen Reiches selbstlos einsetzte; wie unter seinem Expertentum Freiheit und Gerechtigkeit blühten und alle guten Kräfte sich unbeschwert entfalten konnten; was er in edler Wohlthätigkeit und Pflege der Nächstenliebe auch den Armen gewirkt hat; — von dem Allem wird die Geschichte noch späteren Geschlechtern rühmend zu erzählen wissen.

Sein Volk aber, das mit ihm gelebt und den reichen Segen seines umfassenden Wirkens an sich selber erfahren hat, fühlt sich gedrängt, ihm zu dem bevorstehenden hohen Ehrentage von der Liebe, Treue und Dankbarkeit, mit der es an ihm hängt, auch äußerlich Kunde zu geben.

Die Unterzeichneten glauben sich berufen, diesem Volksbedürfnisse entgegenzukommen. Wie wir unsern Landesherren kennen, dürfte ihm durch seine andere Ehrung größere Freude bereitet werden als durch eine solche, die ihm einen Akt des Wohlthuns ermöglicht. Wir bitten daher unsere Mitbürger, thätigen Zweck überreichlich zu leisten.

Geldgaben nehmen die Unterzeichneten sowie die Sammelstellen, die sich in den verschiedenen Orten des Landes gebildet haben, entgegen; auch die kleinste Gabe wird willkommen sein.

- Altfelig Dr.**, Oberbürgermeister, Bad.
Bally, Kommerzienrath, Vorsitzender d. Bad. Landesfeuerwehrvereins, Säckingen.
Beck, Oberbürgermeister, Mannheim.
Blum Dr., Rentner, Vorsitzender des Kreisaußenbüros Heidelberg.
Bodman von, Freiherr, Kammerherr, 1. Vicepräsident der Ersten Kammer der Landstände, Bodman.
Diffens, Geheimere Kommerzienrath, 2. Vicepräsident der Ersten Kammer der Landstände, Mannheim.
Dill, Professor, Direktor der Akademie der bildenden Künste, Karlsruhe.
Feyer, Präsident des katholischen Oberstiftungsrats, Karlsruhe.
Günner, Oberbürgermeister, Präsident der Zweiten Kammer der Landstände, Baden.
Habermehl, Oberbürgermeister, Forstheim.
Haid Dr., Geheimere Hofrath und Professor, Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe.
Hausrath Dr., Geheimere Kirchenrath, Prorektor der Universität Heidelberg.
Heimbürger Dr., Professor, 2. Vicepräsident der Zweiten Kammer der Landstände, Karlsruhe.
Helbing D., Prälat, Karlsruhe.
Klein, Präsident des badischen Landwirtschaftsrats, Wertheim.
Klinge Dr., Professor, Prorektor der Universität Freiburg.
Koelle, Kommerzienrath und Stadtrath, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, Karlsruhe.
Laud, Landgerichtsdirektor, 1. Vicepräsident der Zweiten Kammer der Landstände, Waldshut.

- Mayer Dr.**, Geheimere Regierungsrath, Vertreter des Oberaths der Israeliten Karlsruhe.
Nörber Dr., Erzbischof, Freiburg.
Ochertag, Privatmann, Vorsitzender des Landesverbandes der bad. Gewerbevereine, Karlsruhe.
Räder von Diersburg, Freiherr, General der Infanterie z. D., Präsident des Bad. Militärvereinsverbandes, Freiburg.
Sachs, Geheimere Rath, Generalsekretär des Bad. Frauenvereins, Karlsruhe.
Sauerbeck, Kaufmann, Präsident des Bad. Sängerbundes, Mannheim.
Schert, Domkapitular, Freiburg.
Schneiser, Oberbürgermeister, Karlsruhe.
Siefert, Oberforstrath und Professor, Vorsitzender des Alt-katholischen Kirchenverbandes, Karlsruhe.
Stiefbold, Oberst z. D., Vorsitzender des badischen Landesvereins vom Rothen Kreuz, Karlsruhe.
Stritt, Oberbürgermeister, Bruchsal.
Walz, Wagnfabrikant, Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe.
Weber, Oberbürgermeister, Konstanz.
Weiß Dr., Bürgermeister, Vorsitzender der geschäftsleitenden Kommission des Städteverbandes der mittleren Städte Badens, Eberbach.
Wielandt Dr., Geheimere Rath, Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths, Karlsruhe.
Wilkens Dr., Oberbürgermeister, Heidelberg.
Winterer Dr., Oberbürgermeister, Freiburg.

Den obigen Aufruf bringen wir hierdurch mit lebhafter Zustimmung zu dessen Inhalt den Bewohnern des Amtsbezirks Karlsruhe zur Kenntniß.

Die Unterkommission für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Appel Dr., Stadtrath; **Belling**, Kaiserlicher Landdirektor; **Bodenstein**, Stadtpfarrer; **Brückner**, Stadtpfarrer; **Bürklin Dr.**, Generalintendant des Großh. Hoftheaters; **Delisle**, Obergeringier a. D. und Stadtverordneter; **Dill**, Professor, Direktor der Akademie der bildenden Künste; **Feyer**, Kommerzienrath und Stadtrath; **Eisenlohr**, Staatsrath, Generaldirektor der Großh. Staatsbahnen; **Feyer**, Präsident des katholischen Oberstiftungsrats und Stadtverordneter; **Goldschmidt Dr.**, Professor und Landtagsabgeordneter, Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten; **Haid Dr.**, Geheimere Hofrath und Professor, Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe; **Heimbürger Dr.**, Professor, 2. Vicepräsident der Zweiten Kammer der Landstände; **Helbing D.**, Prälat; **Hoepfner**, Bierbrauereibesitzer und Stadtrath; **Kaeppeler**, Württemberger und Stadtrath; **Krüger**, Geistlicher Rath und Stadtpfarrer; **Koelle**, Kommerzienrath und Stadtrath, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden; **Mayer Dr.**, Geheimere Regierungsrath, Mitglied des Oberaths der Israeliten; **Ochertag**, Privatmann und Stadtverordneter; **Räder von Diersburg**, Freiherr, Kammerherr, Oberstleutnant z. D.; **Sachs**, Geheimere Rath, Generalsekretär des badischen Frauenvereins; **Schlebach**, Bleichnermeister und Stadtrath; **Schneiser**, Oberbürgermeister; **Schöffel**, Privatmann und Stadtrath; **Siefert**, Oberforstrath und Professor, Vorsitzender des Alt-katholischen Kirchenverbandes; **Stiefbold**, Oberst z. D., Vorsitzender des Landesvereins vom Rothen Kreuz; **Walz**, Wagnfabrikant, Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe; **Weiß Dr.**, Reichs-anwalt und Stadtrath; **Wielandt Dr.**, Geheimere Rath und Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths; **Wilkens Dr.**, Oberbürgermeister; **Winterer Dr.**, Oberbürgermeister; **Witzel**, Bürgermeister, Weisknecht; **Braun**, Bürgermeister, Beierthum; **Dahler**, Bürgermeister, Zeufschneureuth; **Fahner**, Bürgermeister, Grünmühl; **Frid**, Bürgermeister, Büchig; **Herbst**, Bürgermeister, Hochstetten; **Hofheim**, Bürgermeister, Spöck; **Klein**, Bürgermeister, Sulach; **Kohler**, Bürgermeister, Hagnfeld; **Neck**, Bürgermeister, Eggenstein; **Oberlin**, Bürgermeister, Lieboldsheim; **Ruf**, Bürgermeister, Rielingen; **Schmidt**, Bürgermeister, Rühlheim; **Seth**, Bürgermeister, Planfenloch; **Weber**, Bürgermeister, Dorlanden; **Westenfelder**, Bürgermeister, Leopoldsbach; **Zimmermann**, Bürgermeister, Graben; **Zwecker**, Bürgermeister, Untenheim.

- Geldgaben werden in Empfang genommen von den Obigen sowie bei:
Albiker, Karl, Marien-Apothek, Marienstraße 43.
Allgemeine Versorgungsanstalt — Karlsruhe Versicherung — Kaiser-Allee 4.
Bielefeld, A., Hofbuchhandlung, Kaiserstraße 141.
Blos, F., Hofsekretär, Kaiserstraße 104.
Feigler, C., Hofsekretär, Herrenstraße 21.
Filiale der Badischen Bank, Friedrichsplatz 12.
Filiale der Rheinischen Creditbank, Waldstraße 1.
Homburger, Witt L., Bankgeschäft, Korffstraße 11.
Knauf, W., Lederwändler, Kaiserstraße 61.
Koelle, Gb., Bankgeschäft, Kaiser-Friedrichstraße 21.
Leipheimer & Wende, Manufakturwaarengeschäft, Kaiserstraße 169.
Mayer, D., Kolonialwaarenhandlung, Wilhelmstraße 20.
Merkle, S., Hofsekretär, Kaiserstraße 160.
Müller & Graef, Buchhandlung, Kaiserstraße 80a, Seminarstraße 6 und Westendstraße 63.
Oberheinische Bank, Friedrichsplatz 10.
Ortel, Chr., Bett- und Ausstattungs-geschäft, Kaiserstraße 101.
Reichsbankstelle, Herrenstraße 50.
Reis, Fr., Kaufmann, Sulfenstraße 61.
Strand & Cie., Bankgeschäft, Säbingerstraße 84.

Ziehung garantirt 24. und 25. Januar 1902.

**Nächste Grosse Badische
Invaliden-Geldlotterie**
des Bad. Militärvereinsverbandes zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder und deren Angehörigen.

2288 Geldgewinne
Zahlbar ohne Abzug im Betrage von

Mk. 42 000

Haupttreffer Mk. 20 000
 1 Hauptgewinn Mk. 20 000
 1 Gew. baar Mk. 5000
 2 Gew. baar „ 2000
 4 Gew. baar „ 2000
 20 Gew. baar „ 2000
 100 Gew. baar „ 2000
 200 Gew. baar „ 2000
 560 Gew. baar „ 2800
 1400 Gew. baar „ 4200

Loose à 1 Mk. Porto und Liste II „ 10 „ 25 Pl. extra
 Nachnahme erhöht das Porto.
 empfiehlt 42710
J. Stürmer,
 Generaldebit Strassburg i. E.

Bekanntmachung.

Die Erweiterung des Industriezweigs in Mannheim, hier: die Geländeerwerbungen auf der Friesenheimer Insel betr.

In der diesseitigen Bekanntmachung obigen Betreffs vom 12. Juli 1901 Nr. 60 524 I — Karlsruhe Zeitung Nr. 191, Beilage — ist in der zweiten Abtheilung des Verzeichnisses unter D. 3. nachzutragen:

D. 3.	Name des Eigentümers	Gewann	Lagerbuch Nr.	Kulturart	Wirkl. Inhalt			Zu enteignende Fläche			
					ha	ar	qm	ha	ar	qm	
3a	Georg Müller, Ehegattenbesitzer in Mannheim	Kalter Forst	6156	Grasrain Gebüsch	—	—	98	—	—	2	36
	Derselbe	„	6159	Grasrain Gebüsch	—	1	39	—	—	3	20

Mannheim, den 11. Januar 1902.
Großh. Bezirksamt:
Lang.

Zur Nachricht!
 Einer verehrlichen Kundschaft diene, daß ich mit Heutigem unter Nr. 1559 an das öffentliche Fernsprechnetz angeschlossen wurde.
 Nun melde ich die Haupttreffer telephonisch.
 P. 618
Carl Götz,
 Lederhandlung, Schuh- und Bankgeschäft
 Hebelstr. 11/15, Karlsruhe.

Holz-Versteigerung.
Großh. Forstamt Rothensfeld in Rothfeld verkauft im Submissionswege unter den bekannten Bedingungen aus seinen Domänenwäldungen: Distrikt II, Abtheilung 7, 8 und 9: Tannen-Stämme I 10, I b 3, II 26, II b 1, III 40, IV 38, V 1; Abtheilung I 13, I b 2, II 30, III 8; Kiefer: I 15, I b 2, II 18, II b 2, III 14; Fichten-Stämme: II 9, III 9, IV 15, V 1; Abtheilung: II 4, III 9; Kiefer: I 1, II 1, III 6.

Die schriftlichen Angebote sind für das Festmeter, getrennt nach Holzarten und Klassen verschlossen und portofrei, mit der bezüglichen Aufschrift versehen **längstens bis zum 21. d. M., Morgens 10 Uhr** an das Forstamt einzuliefern, worauf Nachmittags 1/2 Uhr im Rathhaus in Rothensfeld die Eröffnung der Submission stattfinden wird.
 Nähere Auskunft und Auszüge aus den Listen sind vom Forstamt zu erhalten.
 P. 614

Donnerstag, 16. Januar 1902,
Abends 7 1/2 Uhr,
Im Museumssaal.
CONCERT.
Pablo de Sarasate.
Berthe Marx-Goldschmidt.
Begleitung Otto Goldschmidt.
P. 619
Eintrittskarten: Saal M. 4.—, 3.—, 2.—, Gallerie M. 2 50, 1.— im Vorverkauf und an der Abendkasse.
Hans Schmidt,
Musikalienhandlung,
Rondelplatz. Telephon 487.

Bekanntmachung.
 Die Fürstlich Fürstenbergische Ausstattungs-gabe für 1902 ist zu vergeben. Die Bürgermeisterämter der ehemals Fürstlich Fürstenbergischen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen f. Z. mitgetheilte Stiftungsurkunde vom Jahre 1864 ersucht, den zur Bewerbung Berufenen hiesigen Eröffnung zu machen, damit sie ihre Eingaben mit den vorgefertigten Bezeugnissen längstens bis **1. März d. J.** bei den betreffenden Fürstlichen Rathsämtern einreichen.
 P. 617

Bekanntmachung.
 P. 559. Nr. 179. Gengenbach. Die Ehefrau des Saenrs Michael Dehler, Cecile geb. Ambruster in Nordrach wurde durch Urteil Großh. Amtsgerichts hier vom 4. Januar d. J. für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzutrennen.
 Dies veröffentlicht:
 Gengenbach, den 10. Januar 1902.
 W 1111, Amtsgerichtsdirektor.
Strafgerichtspflege.
 Labung.
 P. 286.3. Nr. 37 908. Vörrach. Die Erbschafts-Verfahren erster Klasse:
 1. Johann Friedrich Eichelmann geboren am 21. April 1873 in See, bad., heimathsberechtigt in Erzgebirg, Oberamt Balingen,
 2. Eduard Deschager, geboren am 3. Juni 1870 in Basel, heimathsberechtigt in Oberhof, Gemeinde Säckingen,
 3. Gustav Schwab, geboren am 17. Juni 1875 in Coffran, heimathsberechtigt in Witzgenheim,
 4. Friedrich Elisabeth Alexander Terfort, geboren am 11. September 1872 in Wächter, zuletzt wohnhaft in Sulzbürg,
 5. Josef Rade, geb. am 10. Mai 1876 in Wöblin (Schweiz), heimathsberechtigt in Drombach, werden beschuldigt, daß sie als Erbschafts-Verfahren erster Klasse ausgewandert seien, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde, d. i. dem zuständigen Königl. Bezirkskommando Vörrach, Anzeige erstattet zu haben und ohne Erlaubniß der genannten Behörde, — Uebertretung des § 360 Biff. 3 des R. St. G. B.
 Dieselben werden auf Anordnung des hiesigen Gerichts auf:
 Mittwoch den 19. Februar 1902, Vormittags 8 Uhr,
 vor das Großh. Schöffengericht Vörrach geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden die Genannten auf Grund der nach § 472 St. P. O. von dem Königl. Bezirkskommando Vörrach ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
 Vörrach, den 27. Dezember 1901.
 Gerichtsdirektor Gr. Amtsgerichts.

Bauarbeitenvergebung.
 Für den Neubau einer Trennstation beim hiesigen Landesgefängniß und der Weiterbauarbeiten sollen die **Walarbeiten** im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden.
 Die Bedingungen und Arbeitsauszüge liegen auf dem Bauamt im Landesgefängniß (Eingang von der Seilerbahn) vom 13. bis 22. d. Mts. zur Einsicht offen.
 P. 586.1
 Angebote sind bis spätestens **Donnerstag, den 23. d. Mts., Vormittags 9 Uhr**, an welchem Termin die Eröffnung derselben auf unserem Geschäftsamt erfolgt, bei unterzeichneter Stelle einzureichen.
Bruchsal, den 11. Januar 1902.
Großh. Bezirksbauinspektion.
 P. 589. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit Gültigkeit vom 15. Januar 1902 wird die Station **Rehl** für den Wasserumschlagverkehr in den Ausnahmestufen für die Beförderung von Kohlen von deutschen Stationen nach Belfort transit vom 1. Juni 1898 aufgenommen.
 Karlsruhe, den 11. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.